

Mitteilung

im: Gemeinderat
im: Ausschuss für Planung, Verkehr, Energie und Umwelt

Betreff: Vorlage 346/2010 „Wettbewerb Klimaneutrale Kommune“

Bezug: Anlage 2 zur Vorlage 346/2010
Anlagen: Bezeichnung:

Die Verwaltung teilt mit:

1) Die in der Anlage 2 zur Vorlage 346/2010 auf Seite 1 genannten politischen Leitziele kommunaler Klimaschutz, „Kinderbetreuung und Fokussierung auf die Innenentwicklung sind tatsächlich die politischen Leitziele der Verwaltung.

2) Die Verwaltung wird die Klima- und Energieagentur BW (KEA) bitten, die folgenden zwei redaktionellen Änderungen der Bewerbung zu berücksichtigen:

- I) Auf Seite 3 der Anlage 2 zur Vorlage 346/2010 wird der bisher aus chronologischen Gründen an erster Stelle befindliche Aufzählungspunkt „• die Neujahrsrede des Oberbürgermeister Boris Palmer am 26. Januar 2007, in der er das Ziel ausgab, die CO₂-Emissionen pro Kopf in Tübingen auf drei Tonnen im Jahr 2020 zu senken“ wird an die 13. Stelle verschoben, so dass dieser Punkt nach „• das Leitbild der „Stadt der kurzen Wege“ inkl. dem Ziel dort, hohe urbane Dichten zu schaffen (bekannt sind Konversionsflächen wie z. B. das Französische Viertel, das Loretto-Areal, das Mühlenviertel – und derzeit in der Planung die „Alte Weberei“)" eingesetzt wird.
- II) Auf Seite 7 der Anlage 2 wird der bisherige Punkt „• Der Klimaschutz und die Reduktion des Energieverbrauchs ist ein ausgewiesener Schwerpunkt der Verwaltungsspitze und hat große Unterstützung im Gemeinderat und der Wählerschaft. Bereits der Wahlkampf des amtierenden Oberbürgermeisters setzte auf die lokalen Möglichkeiten zum Klimaschutz. Die Wählerinnen und Wähler honorierten dies. Auch bei der Kommunalwahl 2009 zeigte sich die politische Orientierung der Wählerschaft am Thema Umwelt- und Klimaschutz: AL Grüne wurden mit einem Plus von 6,4 mit dann 32,9 % die stärkste Fraktion im Gemeinderat.“ Weitgehend gekürzt auf „• Der Klimaschutz und die Reduktion des Energieverbrauchs ist ein ausgewiesener Schwerpunkt der Verwaltungsspitze und hat große Unterstützung im Gemeinderat und der Wählerschaft.“